



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 08.05.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Weiterentwicklung des Integrationsbeirats zu einem Integrationsrat
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 147/19

Beschlussempfehlung:

1. Der bestehende Integrationsbeirat wird für die neue Wahlperiode in einen Integrationsrat nach § 13 des Partizipations- und Integrationsgesetzes des Landes Baden-Württemberg weiter entwickelt.
2. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2020 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft er Top 1 auf.

Frau **Müller** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) geht auf die Vorlage und die Änderungen in der Struktur ein.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Der Weg sei richtig, so Stadträtin **Dr. Traub**. Die Stadt habe einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Für die Belange der Migranten solle Gehör geschaffen werden. Die Beteiligten sollen die Chance nutzen und aktiv mitgestalten. Das Sitzungsgeld sieht sie als eine kleine Anerkennung für die ehrenamtliche Arbeit. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadtrat **Kasdorf** sieht im Integrationsrat einen direkten Austausch, mehr Mitsprache und Rederecht. Er dankt den Beteiligten und stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadträtin **Deetz** schließt sich den Vorrednern an. Sie sieht hier eine Bereicherung, Beratungsfunktion und Einbringen in die Politik vor Ort. Sie geht davon aus, dass die Gremiumsmitglieder in Ludwigsburg ansässig sein müssen. Gerne stimmt sie der Vorlage zu.

Stadtrat **Dengel** gibt ebenso seine Zustimmung. Den Bürgern mit Migrationshintergrund werden Rechte und Pflichten eingeräumt. Er hoffe auf ein aktives Einbringen.

Stadtrat **Heer** sieht eine Aufwertung in der Stellung des Gremiums. Die Themen seien umfangreich. Entscheidend sei die Mitgliederbesetzung des Gremiums. Hier wünsche er sich eine große Bandbreite. Er stimmt der Vorlage ebenso zu.

Frau **Müller** geht auf die offenen Fragen ein. Die Mitglieder müssen Einwohner der Stadt Ludwigsburg sein.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass eine Fortentwicklung des Bisherigen stattfinde. Es gebe eine Aufwertung der Rechte. In den zurückliegenden Jahren seien viele migrationsspezifische Themen umgesetzt worden. Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

TOP 2	Fachtag "Freude an Sprache" - 10 Jahre Ludwigsburger Modell Sprache bilden und fördern - mündlicher Bericht	Vorl.Nr.
-------	--	----------

Beratungsverlauf:

Herr **Brändle** (FB Bildung und Familie) berichtet über den Fachtag anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Es sei eine breitgefächerte Auswahl an Workshops angeboten worden und ein sehr gelungener Fachtag gewesen. In vielfacher Form seien positive Rückmeldungen eingegangen.

EBM **Seigfried** merkt an, dass im letzten Jahr die Entscheidung der weiteren Finanzierung getroffen worden sei. Der finanzielle Beitrag sei nicht unerheblich und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** sieht dieses Modell als wichtig an und spricht seinen Dank aus. Es sei eine Freiwilligkeitsleistung der Stadt und eine Investition in die Zukunft der Kinder und somit auch der Stadt. Das Personal sei überzeugt und engagiert. Mit diesem Thema solle sich auch der Integrationsrat beschäftigen und einbezogen werden. Er sehe darin eine wichtige Multiplikatoren Wirkung.

Entsetzt habe Stadträtin **Deetz** festgestellt, dass es einen großen Prozentsatz der Analphabeten mit deutscher Muttersprache gebe.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass im Integrationsbeirat die Sprachförderung bereits in der Vergangenheit ein wichtiges Thema gewesen sei. Es sollen alle Kinder gefördert werden, die der deutschen Sprache nicht altersentsprechend mächtig sind. Er dankt dem Gremium für die Unterstützung.

abweichende Beschlussempfehlung:Beschluss durch Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

1. Dem vorgelegten Raumprogramm für eine 3-gruppige Kindertageseinrichtung, *das dem KVJS Standard entspricht*, wird zugestimmt.
2. *Im Ausschuss Bauen, Technik und Umwelt wird die geplante Bauvariante vorgestellt sowie der Entscheidungsweg mit geprüften Alternativen erläutert. Zudem wird der Stadteilausschuss Oststadt eingeladen.*

Beschluss durch Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt (BTU):

3. Aufgrund der Dringlichkeit wird der Holzsystembau abweichend zum vereinbarten Projektfahrplan durchgeführt:
Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Raumprogramms sowie des beiliegenden Flächenlayouts für die Kindertageseinrichtung die weiteren Planungen sowie eine funktionale Ausschreibung für die Ausführung in Holzsystembauweise zu erarbeiten und zur Vergabe dem zuständigen Gremium vorzulegen. Dem Versand der funktionalen Ausschreibung an verschiedene Systembauunternehmen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss zu Ziffer 1. und 2. wird mit 11 Ja- Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der geänderte Beschluss zu Ziffer 1. und 2. geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema und geht auf die Vorlage ein. Bei der Kirchengemeinde Sankt Paulus stehen umfangreiche Umbaumaßnahmen an. Das ganze Areal erhalte eine neue Gestaltung. Für die Kindertageseinrichtung werde ein Interimsstandort gebraucht. Im Gesamtgebiet gebe es eine hohe Nachfrage. Als möglicher dauerhafter Standort komme die Wiese bei der Schlösslesfeldschule in Frage.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** zeigt sich überrascht, da dieses Projekt im Haushalt nicht vorgesehen sei und sieht

dies als übereilt. Der Bedarf werde gesehen. Erst kürzlich habe man einen Modulanbau an der Schule genehmigt und fragt, ob der Bedarf nicht vorhersehbar gewesen sei. Er sieht diese Maßnahme als Flächenverbrauch und unsensibler Umgang mit den Grünflächen. Eine Dauerlösung müsse diskutiert werden. Es seien noch viele Fragen offen, wie die Freifläche für die Kindergartenkinder, Standort, Raumprogramm und den Flächenverbrauch.

Von der Vorlage überrascht zeigt sich ebenso Stadtrat **Kasdorf**. Der Bedarf werde gesehen und sei groß. Dennoch sei die Umsetzung zu schnell gewollt. Er wünsche sich alternative Standortvorschläge. Er könne der Vorlage nicht zustimmen. Weiter fragt er, ob eine Beteiligung des Stadtteiles und der Schule stattgefunden habe. Die Wiese mit dem großen Baumbestand werde von den Anwohnern genutzt. Er erwarte ein Verkehrskonzept und Ausgleichsfläche, sowie die Regelung des Lieferverkehrs. Zudem gebe es eine große Nachfrage auf Naturgruppen. Diese Umsetzung könne schnell und kostengünstig erfolgen. Er kritisiert den Standort und die mangelnden Alternativen. Der Bedarf werde nicht angezweifelt.

Stadtrat **von Stackelberg** schließt sich den genannten Kritikpunkten an. Man hätte vorausschauender handeln müssen. Um den Flächenverbrauch zu minimieren, hätte er sich einen zweistöckigen Bau vorstellen können. Er sieht eine große Massierung an dem geplanten Standort und wünsche sich weitere Alternativen. Zudem hätte beim Wohngebiet Gämsenberg eine Kindertagesstätte angedacht werden können. Für die katholische Kirchengemeinde sei die Situation durchaus schwierig. Er wolle nicht unter Zeitdruck entscheiden. Weiter spricht er den Stillstand und die Vorgehensweise beim Vorhaben Takatuka Land an.

Stadträtin **Moersch** sieht den Bedarf und den Druck durchaus. Jedoch gebe es noch viele ungeklärte Fragen. Man brauche alternative Standorte, Außenfläche für die Kindertagesstätte, Einbeziehung der Schule und des Stadtteiles, sowie die Verkehrsführung.

Stadtrat **Heer** sieht den Bedarf als unstrittig. Der Standort sei gut wie auch die Holzbauweise. Das Areal habe genug Freiflächen. Positiv sehe er die Campusidee mit grünem Umfeld. Er könne der Vorlage zustimmen.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass das Projekt Beethovenstraße mit Erweiterung der Kindertagesstätte angestoßen wurde. Das bauliche Konzept sieht während der Bauphase die Verlagerung einer dreigruppigen Kindertagesstätte vor. Es bedeute, dass dies in einer kostenintensiven Containerform angeboten werden müsse. Unter wirtschaftlichen- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sei es sinnvoller die temporäre Nutzung später in einen Ersatzkindergarten umzunutzen. Der Standort sei Fläche für den Gemeinbedarf mit bestehendem Baurecht und benötige keine ökologische Ausgleichsfläche. Man habe im Außenbereich eine exquisite Schattensituation. Aufgrund des Brandschutzes sei die Schule einstöckig. Es sei eine verträgliche Lösung um eine temporäre Aufnahme zu ermöglichen und die Bedarfe der Zukunft zu decken.

Stadtrat **Weiss** schließt sich diesen Anmerkungen an. Man müsse die Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit beachten. Weiter spricht er zum Thema Pausenhof den gestellten Antrag 468/18 auf ein Kleinspielfeld mit Bedachung an und wünscht hierzu eine Stellungnahme.

Den Standort auf dem Grundstück verschieben wolle Stadträtin **Moersch**. Sie wünscht mehr Freifläche zwischen den Gebäuden.

Stadtrat **Meyer** bemängelt, dass keine Vor-Ort-Begehung stattgefunden habe und die fehlende Information. Er wünsche eine bessere Aufarbeitung.

Stadtrat **Kasdorf** spricht erneut die schnellen und kostengünstigen Naturgruppen an und will wissen, weshalb sich die Verwaltung hier verschließe.

EBM **Seigfried** merkt an, dass kein anderer dauerhafter Standort im Sinne von Baurecht,
Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 08.05.2019

Bauflächen- und Grundstücksverfügbarkeit zeitnah realisierbar sei. Entscheidend sei eine Lösung der temporären Auslagerung des Kindergartens durch Container oder durch einen festen Bau. Die Verwaltung habe die Flächen geprüft und er bedauert das fehlende Vertrauen des Gremiums. Die Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales beschränke sich auf das Raumprogramm. Die Alternativkosten und mögliche alternative Standorte sollen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vorgestellt werden.

Frau **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Das Raumprogramm entspreche dem Mindeststandard. Weiter geht Sie auf die Naturgruppen ein. Hier seien ebenso Auflagen zu erfüllen, insbesondere Schlechtwetterschutz. Zudem gebe es auch hier einen Fachkräftemangel. Man sei bestrebt alle Gruppenformen zu bedenken. Gespräche mit der Schule seien erfolgt. Die Spielfläche werde aus Lärm- und Sichtschutzgründen Richtung Straße erfolgen.

Stadtrat **von Stackelberg** fügt hinzu, dass der städtebauliche Gedanke bedacht werden müsse. Mit einem anderen Standpunkt könne die Massierung entzerrt werden, auch im Sinne des Autoverkehrs. Hierzu wünsche er mehr Information. Er spricht sich für eine dauerhafte Einrichtung aus.

Stadtrat **Link** fordert einen festen Bau. Das Raumprogramm sei unstrittig. Er wünsche eine Prüfung, ob ein Stelzenbau über dem Schulhof möglich sei. So könne die Grünfläche erhalten werden. Zur Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt solle der Stadtteilausschuss eingeladen werden.

Ebenso gegen eine Containerlösung spricht sich Stadtrat **Kasdorf** aus. Er wolle nicht die Verwaltungsarbeit kritisieren, dennoch sieht er es als Aufgabe des Gremiums Kritik anzubringen.

Stadtrat **Meyer** fordert eine längere Beratungszeit zwischen den Sitzungen.

Eine temporäre Lösung sei nicht gewollt, so Stadträtin **Moersch**. Sie plädiert für eine dauerhafte Lösung. Grundsätzlich könne sie mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen, dennoch wünsche sie mehr Freifläche im Baufenster. Der Stelzenbau über dem Kleinspielfeld sehe sie als ungeeignet.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) teilt mit, dass der Grundriss optimiert werde. Die Wurzeln der Bäume sollen nicht verletzt werden. Es seien viele Varianten geprüft worden. Die asphaltierte Fläche zu überbauen fordere enorme Kosten. Aus Optimierungsgründen könne sie sich eine Begrünung der asphaltierten Fläche vorstellen.

Stadtrat **Kasdorf** begründet seine Enthaltung. Er fordere weiterhin die Einrichtung von Naturgruppen.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass hierzu ein Antrag gestellt werden könne. In der vorliegenden Situation werde eine Ersatzlösung für einen bestehenden Kindergarten gesucht.

Während des Beratungsverlaufes formuliert EBM **Seigfried** einen geänderten Beschlussvorschlag zu Ziffer 1. und 2., wie oben kursiv eingefügt und lässt über diesen abstimmen. Die Beratungsfolge im Gemeinderat wird nicht auf den 15.05.2019, sondern zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen,

TOP 4

Zuschüsse in Dach und Fach:
- Brand- und Schallschutz im Katholischen Kindergarten St.Johann, Gänsfußallee 20
- Schallschutz im Katholischen Kindergarten St. Josef, Parkstraße 34

Vorl.Nr. 005/19

Beschluss:

1. Der Durchführung der Schallschutzmaßnahmen im katholischen Kindergarten St. Josef, Parkstr. 34 wird zugestimmt.
Für die erforderlichen Maßnahmen erhält die katholische Kirche einen Baukostenzuschuss in Höhe von maximal 80% der zuwendungsfähigen und nicht durch Drittmittel gedeckten Ausgaben, maximal 43.000 EUR
2. Der Durchführung der Brand- und Unfallverhütungsmaßnahmen im Kindergarten St. Johann, Gänsfußallee 20 wird vorbehaltlich der baurechtlichen Genehmigung zugestimmt.
Für die erforderlichen Maßnahmen erhält die katholische Kirche einen Baukostenzuschuss in Höhe von maximal 80% der zuwendungsfähigen und nicht durch Drittmittel gedeckten Ausgaben, maximal 27.680 EUR
3. Der Durchführung der Schallschutzmaßnahmen im katholischen Kindergarten St. Johann, Gänsfußallee 20 wird zugestimmt.
Für die erforderlichen Maßnahmen erhält die katholische Kirche einen Baukostenzuschuss in Höhe von maximal 80% der zuwendungsfähigen und nicht durch Drittmittel gedeckten Ausgaben, maximal 32.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht ist, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

Erweiterung Schubartschule

Vorl.Nr. 118/19

abweichender Beschluss:**Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS)**

1. Der Erweiterung der Grundschule Schubartschule zur 3-Zügigkeit an der Frankfurter Straße 30 wird zugestimmt auf Grundlage der Entscheidung für
 - a. ~~Raumprogramm Variante 1: Erweiterungsbau mit 7 Unterrichts- und Betreuungsräumen ohne neue Mensa (Anlage 1) oder~~
 - b. Raumprogramm Variante 2: Erweiterungsbau mit 5 Unterrichts- und Betreuungsräumen mit neuer Mensa (Anlage 2). *Darüber hinaus prüft die Verwaltung*

die Aufstellung eines WC Containers.

Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU)

- Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des unter Ziffer 1 beschlossenen Raumprogramms eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die **Erweiterung der Schubartschule** zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** teilt mit, dass ein ergänzender Antrag der FW Fraktion vorliege.

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht auf die Prognosen und die Situation der Mensa ein. Weiter erläutert er die Varianten zum Raumprogramm als Anbau oder Neubau. Beide Raumprogrammvarianten seien förderfähig. Die Fläche auf der Wiese sei auch eine potentielle Fläche für eine mögliche Kindertagesstätte.

EBM **Seigfried** fügt ergänzend hinzu, dass es einen großen Bedarf gebe. Man habe das große Areal auf mögliche Flächenoptionen untersucht. Weiter geht er auf den Brandschutz bei Veränderungen an bestehenden Gebäuden ein. Man versuche möglichst wenig Eingriffe vorzunehmen.

Stadtrat **Weiss** begründet den Antrag der FW Fraktion. Bei der Besichtigung habe man festgestellt, dass die Toilettensituation schnell geändert werden müsse. Mit der Vorlage habe sich der Antrag erledigt.

Stadträtin **Seyfang** merkt an, dass im Sinne der Schule die größere Variante umgesetzt werden solle. Die Toilettenanlage sei selbstverständlich im Anbau inbegriffen. Sofern man die Fläche für einen Kitaneubau oder Erweiterung der Schule erhalten wolle, sei ein Anbau sinnvoll. Es mache keinen Sinn die Wiese zu bebauen.

Die Mensa im Keller sei eine logistische Herausforderung, so Stadtrat **Bauer**. Er spricht sich für das Raumprogramm 2 aus. Die Grünfläche solle erhalten werden. Variante 2 sei zukunftsträchtig und nachhaltig auch im Sinne von Barrierefreiheit und gemeinschaftlichem Essen. Der Antrag der FW über die Toilettenanlage habe ihn überrascht. Zudem bemängelt er die lange Zeitschiene.

Die Sanierung sei dringend notwendig, merkt Stadtrat **von Stackelberg** an. Der Stadtteilausschuss solle einbezogen werden. Die Fertigstellung im Jahre 2022 sei sehr spät und wünsche eine schnellere Umsetzung. Er werde dem Raumprogramm der Variante 2 zustimmen. Die Schule benötige mehr Platz. Der Standort sei gut berücksichtigt, solle aber im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werden. Er wünsche mehr Information über die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Alternativen. Zum Thema Toilettenanlage vertraut er der

Verwaltung. Diese seien in der Vorlage inbegriffen. Die Sanierung der bestehenden Grundschule reiche nicht aus.

Stadtrat **Weiss** spricht sich ebenso für Variante 2 aus. Er sieht einen Anbau für sinnvoll, da die Freifläche als mögliche Option freigehalten werden solle. Dennoch könne die Toilettenanlage separat und getrennt von der weiteren Maßnahme gesehen werden.

Stadtrat **Heer** werde ebenso zustimmen. Der Bedarf sei gegeben. Er spricht sich für den Anbau aus, hier könne die Freifläche als Option erhalten werden. Die finanzielle Situation und Kostenschätzung solle noch dargestellt werden.

Frau **Barnert** (FN Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf das Thema Raumprogramm ein. Die Variante 2 sei die größere Variante mit einer neuen Mensa. Um Synergien bei den WC Anlagen zu schaffen, sei ein Anbau an das bestehende Gebäude sinnvoll. Im bestehenden Gebäude müsse der Brandschutz untersucht werden. Aufgrund des langen Zeitrahmens könnten die WC Anlagen durch eine Containerlösung überbrückt werden.

Stadtrat **Link** merkt an, dass die Verwaltung die Wiesenfläche nicht überplanen solle. Hierdurch könne Zeit eingespart werden. Durch den Anbau können die Toilettenanlagen integriert werden. Er wünsche nach der Planung des Raumprogrammes eine Kostenaufstellung. Die Wünsche der Schule sollen ebenso bedacht werden.

Stadtrat **Bauer** spricht sich für eine WC Containerlösung aus, so könne ohne Zeitdruck die Maßnahme entwickelt werden.

Während des Beratungsverlaufes stellt EBM **Seigfried** fest, dass sich das Gremium für Variante 1.b) ausspricht. Er formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt und lässt über diesen abstimmen. Durch die Beschlussfassung ist der Antrag der FW-Fraktion (Vorl. Nr. 181/19) erledigt.

TOP 6

Städtischer Mietzuschuss für die LudwigsTafel e. V.

Vorl.Nr. 141/19

Beschluss:

Dem Verein LudwigsTafel e. V. wird für die Räume in der Saarstr. 25 für die Zeit vom 01.07.2019 bis zum 30.06.2022 ein jährlicher Mietzuschuss ~~in~~ **bis zur** Höhe von ~~14.762~~ **15.000** Euro gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Krank** (Vorsitzender Ludwigs Tafel e.V.) berichtet über den aktuellen Stand und geht auf die Mitteilungsvorlage ein. Dieses Angebot sei im sozialen Gefüge der Stadt sehr wichtig. Zudem geht

er auf die neue Informationsbroschüre für die Kundinnen und Kunden ein. Weiter informiert er über die Zahl der ehrenamtlich Tätigen, hauptamtliche Mitarbeiter, sowie Praktikanten und geringfügig Beschäftigte ein. Problematisch sei die sinkende Zahl der Ehrenamtlichen. Bundesweit werde das Logo der TAFEL eingeführt. Leider melden sich viele Betroffene, vor allem Rentnerinnen und Rentner, nicht. Als Multiplikatoren habe man zudem die evangelische Kirche einbezogen. Der Lagerraum habe seine Grenzen erreicht. Positiv werde im Nachbargebäude die Diakonie gesehen. Weiter geht er auf die Zusammensetzung der Kunden ein. Etwa 70% der Kunden haben einen Migrationshintergrund. Herr Krank spricht die Aktion der Verwaltung zur Lebensmittelspende vor zwei Jahren an. Diese könne gerne erneut aufgegriffen werden. Zudem weist er auf die Jubiläumsfeier am 12.07.2019 hin.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** dankt für das Engagement und stimmt gerne der Vorlage zu. Im Sozialgefüge der Stadt habe die Ludwigs Tafel einen hohen Stellenwert und werde gebraucht.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt ebenso. Die Synergie mit der Diakonie sei gut. Dennoch bemängelt sie die Notwendigkeit. Die Politik müsse sich dringend diesem Thema annehmen.

Stadträtin **Deetz** schließt sich den Vorrednern an. Es müsse auf bundespolitischer Ebene eine Lösung gefunden werden. Weiter geht sie auf das Schamgefühl der Menschen ein. Der würdevolle Umgang der Ludwigs Tafel mit den Kunden sei sehr gut.

Ebenso seinen Dank spricht Stadtrat **Dengel** aus. Zudem lobt er die hervorragend gestaltete Broschüre.

Der Umzug habe sich positiv auf die Akzeptanz ausgewirkt, so Stadtrat **Heer**. Der Bedarf und die Notwendigkeit seien unumstritten. Weiter weist er in der Vorlage Nr. 170/16 auf einen Zahlendreher hin. In dieser Vorlage stehe der Betrag 14.726,-- Euro. Er stimme der Vorlage gerne zu.

Die Armutsbetreuung und Armutsbekämpfung sei wichtig, merkt Stadtrat **Kube** an. Leider werde politisch gegen die Armutsbekämpfung zu wenig unternommen. Er werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Link** geht auf die Broschüre ein. Hier sollten die Verkaufsstellen ebenso abgedruckt werden.

Herr **Krank** fügt hinzu, dass das Logo einen Erkennungswert habe. Weiter geht er auf die Armutsbekämpfung und Lebensmittelrettung ein.

Die TAFEL sei ein etabliertes Modell, um Lebensmittelvernichtung abzuwehren und günstige Lebensmittel anzubieten, so EBM **Seigfried**.

Während des Beratungsverlaufes formuliert EBM **Seigfried** einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt und lässt über diesen abstimmen.

TOP 7

Deutscher Alpenverein Sektion Ludwigsburg -
Baukostenzuschuss für die Sanierung der
Ludwigsburger Hütte im Pitztal

Vorl.Nr. 135/19

Beschluss:

Der Deutsche Alpenverein Sektion Ludwigsburg erhält für die Sanierung der Ludwigsburger Hütte im Pitztal (Österreich) bei zu erwartenden Kosten in Höhe von rund 268.260 € einen Zuschuss

von einem Drittel der entstandenen Kosten, höchstens jedoch 89.420 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 7 auf und begrüßt den Vorsitzenden des Deutschen Alpenvereins Sektion Ludwigsburg.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) geht auf die Vorlage und auf die Vereinsförderung ein. Der Stadtverbandsvorsitzende für Sport lässt sich entschuldigen. Bemerkenswert seien die boomenden Mitgliedszahlen. Der Landkreis habe hierfür kein Budget im Haushalt eingestellt.

Stadtrat **Link** wolle wissen, welcher Baukostenzuschuss für das Jahr 2019 verschoben werde, da dies so in der Vorlage erwähnt sei. Weiter lobt er die gute Arbeit des Alpenvereines. Er kritisiert die Haltung des Kreises und bittet die Kreisräte um einen gemeinsamen Antrag. Der Landrat besuche die Hütte ebenso regelmäßig.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass Gespräche mit dem Kreis erfolgt seien. Ein Zuschuss sei im Haushalt des Kreises nicht vorgesehen. Zudem werden keine weiteren Freiwilligkeitsleistungen durch den Kreis erbracht. Für eine Schulung könne er sich einen Besuch der Hütte mit dem Gremium durchaus vorstellen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wird der Vorlage zustimmen. Die Hütte sei gut frequentiert und habe ein gutes Energiekonzept. Zudem nutzen viele Kreisräte die Hütte auf eigene Kosten.

Ebenso wird Stadtrat von **Stackelberg** der Vorlage zustimmen. Dennoch sollen sich die Kreisräte für eine Unterstützung durch den Kreis einsetzen. Eine Schulung mit dem Gremium auf der Hütte finde er gut.

Ebenso zustimmen wird Stadtrat **Weiss**.

Die Sanierung sei zwingend notwendig, so Stadtrat **Heer**. Er lobt die Arbeit des Alpenvereines. Der Landkreis fördere viele Maßnahmen. Es gebe im Kreistag den Beschluss keine weiteren Freiwilligkeitsleistungen zu erbringen. Besuche der Hütte durch die Kreisräte werden privat finanziert. Er werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** werde die Anregungen als Kreisrätin mitnehmen.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Herr **Fischer** (Deutscher Alpenverein Sektion Ludwigsburg) dankt und merkt an, dass die Übernachtungen kostenpflichtig seien. Er selbst stelle sich gerne dem Gremium als Bergführer zur Verfügung.

EBM **Seigfried** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

